Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten.

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag von Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445.

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgend. Tag. **Bezugspreis** für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsträger und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postscheck-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 43 mm breite einspaltige Grundschriftzeile 25 Pfg., örtliche Anzeigen 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 70 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Zahltag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Für Sammelanzeigen tarifm. Aufschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 53 — **Donnerstag, den 4. März 1926.** — **81. Jahrgang**

Tagesschau.

* **Reichskanzler Dr. Luther** betonte in einer Rede in Hamburg den deutschen Standpunkt in der Völkerbundsfrage.

* **Beim Besuch des Reichspräsidenten in Leipzig** versuchten die Kommunisten mehrfach **Demonstrationskundgebungen.** Zu ernsten Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

* Der **Reichstag** nahm am Dienstag die Vorlage über die Bestimmungen der Wohnungsmiete an. **Die volle Friedensmiete** wird vom 1. Juli 1926 an erhoben.

* Die **Verträge von Locarno** wurden am Dienstag in der **französischen Kammer mit 411 gegen 71 Stimmen ratifiziert.**

Nach einer Meldung aus Budapest soll **der Sohn des Ministerpräsidenten Grafen Bethlen** zu den Leuten gehört haben, welche die in Ungarn **gefälschten Frankennoten ins Ausland gebracht** und dort in Umlauf gesetzt haben.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

West oder Ost?

Der französische Ministerpräsident Briand hat mit einem Zwischenruf während der letzten Locarno-Debatte im Parlament ungewollt an einen der Grundgedanken des ganzen politischen Systems Europas gerührt. Als ihm nämlich von dem Nationalisten Marin vorgehalten wurde, daß England den größten Vorteil aus dem Locarnopakt ziehe, da antwortete Briand: „In welcher Situation wäre Frankreich heute ohne Locarno? Sie wissen sehr gut, was sich vorbereitete." Marin verstand — denn er antwortete, daß man die Verhandlungen Berlins mit Moskau oder Angora nicht ernst nehmen solle.

Das also ist es: Wendet sich Deutschland unter dem Druck, der von Westen her auf es ausgeübt wird, nach Osten oder läßt es sich irgendwie doch noch im Westen binden? Aus Briands Aeußerungen geht hervor, daß man jene östliche Lösungsmöglichkeit zum mindesten mit großer Besorgnis betrachtete. Deshalb versprach man Deutschland gewisse Freiheiten und Erleichterungen und deshalb drückt man ihm in der Ratsfrage jetzt wieder den Daumen aufs Auge, weil man die Gefahr für beseitigt hält.

Und wie sieht diese Entscheidung zwischen West und Ost vom deutschen Standpunkt aus? Freilich, unsere Not liegt im Westen begründet und es liegt der Gedanke nahe, im Westen Anschluß zu suchen, um den Druck zu vermindern. Aber wir wußten doch längst und sehen heute wieder bestätigt, daß der Druck eben nicht vermindert wird, wenn das Reich ein auch noch so freundliches Gesicht nach Westen kehrt. Ueberdies besteht streng logisch von vornherein die Gefahr, daß beim Suchen eines Ausgleichs mit den Westmächten vielleicht eine kleine Druckminderung, ganz sicher aber eine Verlängerung der Wirkungsdauer des Drucks von den westlichen Vertragspartnern erstrebt wird. Ein Bündnis, das der Sieger mit dem Besiegten schließt, wird immer zu allererst die Vorteile des Siegers wahren.

Auf der anderen Seite stehen im Osten Staaten und Völker, die weltpolitisch genau das gleiche Interesse haben wie wir, nämlich die Befreiung vom westlichen Druck. Darüber hinaus bietet uns die Ostorientierung die Möglichkeit der so dringenden geschlossenen Siedlungs- und Kolonisationstätigkeit, die die Voraussetzungen zum Eigenleben des Reiches stärkt, während der Anschluß im Westen bei der wirtschaftlichen Struktur Deutschlands und Frankreichs gleiche Bedürfnisse verstärkt, gleiche Erzeugnisse vermehrt und damit keinen inneren Ausgleich gebracht hätte. Der Osten bietet dem Reich das, was es braucht und der Osten braucht das, was das Reich im Ueberschuß produzieren kann.

Im Westen sind all die Interessen verknotet, die gegen deutsche Lebensbedürfnisse gerichtet sind: der Ausschluß Oesterreichs aus dem Verband des Reiches, die Festigung der kleinen Staaten, die sich auf Deutschlands Kosten bereichert haben, und die Niederhaltung der deutschen Wirtschaft, in der Frankreich eine Konkurrentin sieht.

Briand hatte schon recht, als er zu verstehen gab, wie stark Deutschlands Interessen sich gen Osten neigten und als er durchblicken ließ, daß Frankreich sich diese Wendung der deutschen Politik schon etwas kosten lassen könnte. Für Deutschland aber entsteht, nachdem seine Führer einmal den verhängnisvollen Weg beschritten haben, nun auch noch die peinliche Erkenntnis, daß die Alliierten gar nicht gewillt sind, „sich das deutsche Opfer etwas kosten zu lassen". Das Ränkespiel um die Ausschaltung des deutschen Einflusses im Völkerbundsrat ist soweit gediehen, daß Dr. Luther sich schon mit einer vorläufigen Verschiebung der Lösung dieses Problems zufrieden geben will.

Eine Kanzlerrede über die Völkerbundsfrage.

Hamburg, 2. März. (Drahtb.)

Um ½7 Uhr abends fand im Rathaus aus Anlaß der Anwesenheit des Reichskanzlers Dr. Luther ein vom Senat gegebenes Essen statt. Bürgermeister Dr. Petersen hieß als Präsident des Senats den Kanzler im Kaisersaal mit einer Ansprache willkommen, in der er Dr. Luther nicht nur als den verantwortlichen Führer der deutschen Republik begrüßte, sondern vor allem auch als deutschen Mann, der sich seiner Pflicht gegen sein Volk immer bewußt gewesen sei.

In seiner Rede kam

Reichskanzler Dr. Luther

einleitend auf die innerpolitischen Krisen von 1924 und 1925 sowie zu dem Abschluß des Vertrages von London und das Abkommen von Locarno zu sprechen und erklärte dann u. a. folgendes: Der Locarno-Pakt wird erst durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wirksam. Hierbei muß ich leider einen Umstand erwähnen, der alsbald nach der Absendung unseres Eintrittsgesuches hervorgetreten ist.

Für uns war es bei allen Erörterungen über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ganz selbstverständlich, daß vor unserem Eintritt irgendwelche bedeutungsvollen Aenderungen innerhalb des Völkerbundes nicht mehr vorgenommen werden durften. Ebenso selbstverständlich war, daß der Eintritt Deutschlands nur erfolgen kann, wenn wir einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat erhalten. Das ist von allen beteiligten Regierungen anerkannt worden. Mit diesem Stand der Dinge ist es unvereinbar, wenn die Einräumung des ständigen Ratssitzes an Deutschland mit einer weiteren Änderung in der Zusammensetzung des Rates verbunden würde. Wer auf Grund bestimmter Abreden seine Aufnahme in eine Organisation beantragt, darf erwarten, diese Organisation bei seinem Eintritt in unveränderter Gestalt vorzufinden. Es ist neuerdings gesagt worden, daß die Erweiterung des Rates ein längst in Aussicht genommener Plan sei, zu dessen Verwirklichung der deutsche Antrag jetzt die passende Gelegenheit biete. Wäre dem so, dann wäre es wohl das Gegebene gewesen, die deutsche Regierung bei den Verhandlungen des letzten Jahres hiervon zu verständigen.

Mir ist auch nicht bekannt, daß die jetzt erörterten Veränderungen jemals auf der Tagesordnung der Bundesversammlung oder des Rates zum Beispiel im September oder Dezember 1925 gestanden hätten. Wir haben von derartigen Absichten erst Kenntnis erhalten durch die Presseerörterungen, die unmittelbar nach Absendung unseres Völkerbundsantrages einsetzen. Von gleichen Schwergewicht ist aber für uns folgende Erwägung: **Solange Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerbundes ist, ist es überhaupt noch nicht zuständig, eine Meinung über etwaige künftige Aenderungen zu äußern. Erst wenn Deutschland Mitglied des Rates ist und durch praktische Erfahrungen Einblick in die Einzelheiten des Völkerbunds-Organismus gewonnen hat, kann es in begründeter Weise zu etwaigen Anträgen auf eine anderweitige Zusammensetzung oder Organisation des Rates Stellung nehmen.** Denn es muß daran festgehalten werden, daß es sich bei der Entscheidung über alle Veränderungen nicht um die Besprechungen zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten handeln soll, sondern um die Organisation und das Wohlergehen des Völkerbundes als solchen.

Ich glaube nicht, daß man es durch Ablehnung unseres Standpunktes in der Frage der Ratssitze dahin kommen lassen könnte, daß die großen Ergebnisse der Politik des letzten Jahres zerstört werden.

Seit Locarno haben wir gesehen, welche Fortschritte erzielt werden können, wenn die politischen Fragen in Offenheit und Vertrauen behandelt werden. Die Völker haben Anspruch darauf, daß dieser aussichtsreiche Weg weiter verfolgt wird. Wird die Frage des Eintritts bejaht, wie sie bejaht worden ist, so bedeutet dies, daß Deutschland die großen Gedanken der Völkerbundsgemeinschaft sich zu eigen macht. Für seine besonderen Interessen erwartet Deutschland im Rahmen der Völkerbundsgemeinschaft in gleicher Weise Berücksichtigung und Verständnis, wie es sie selbst den Interessen der anderen Länder entgegenbringt. Die größere innere Entscheidung über den Eintritt ist gefallen. Jetzt kommt es darauf an, alle deutschen Kräfte lebendig zu machen, um mit dem Völkerbund an Deutschlands Wohl und am Wohl der Menschheit zu arbeiten. Der Eintritt in den Völkerbund unterscheidet sich von anderen Stufen unseres mühsamen Aufstiegs dadurch, daß der Bund ohne jeden Zweifel eine neue Bahn zu praktischer Betätigung deutscher Kraft eröffnet. Wollen wir die uns gegebenen Möglichkeiten voll ausnutzen, so müssen wir dahin streben, daß ganz Deutschland geschlossen hinter unseren Vertretern im Völkerbunde steht.

Der Reichskanzler begab sich mit seiner Begleitung im fahrplanmäßigen Zug um 10.54 Uhr nach Berlin zurück.

Vor einem Umfall Chamberlains?

London, 3. März. (Drahtb.) Die Auffassung des Berliner Berichterstatters der Times, daß ein Umfall Stresemanns und Luthers sehr wohl denkbar wäre, steht in der ganzen Londoner Presse vereinzelt da. Man rechnet im Gegenteil in London mit der unbedingten Festigkeit der deutschen Regierung. Viel eher ist mit einem Umfall Chamberlains zu rechnen. Der diplomatische Korrespondent des Star glaubt sagen zu können, der Außenminister wechsele langsam und graziös seinen Standpunkt. Möglicherweise würde es nicht einmal zu einer Unterhausdebatte am kommenden Donnerstag kommen. Er wäre mit seiner Ansicht ganz vereinsamt. 75 Prozent seiner eigenen Parteigenossen sowie die Liberalen und die Arbeiterpartei ständen gegen ihn. Wie das Blatt von gutunterrichteter Seite erfährt, wird Chamberlain in Genf das Programm der englischen Regierung vertreten, das folgende drei wichtige Punkte enthalte: 1. Sofortige Aufnahme Deutschlands. 2. Verschiebung der übrigen Kandidaturen auf den Herbst und 3. eine Konferenz im Geiste von Locarno der an den drei vorliegenden Kandidaturen interessierten Mächte. Man erwartet, daß die für morgen angesetzte Erklärung Baldwins im Unterhaus die Oeffentlichkeit befriedigen werde.

Ein Kompromiß?

Paris, 3. März. (Drahtb.) Nach einer Londoner Reutermeldung herrscht in politischen Kreisen die Ansicht vor, daß es in der Frage der Zuerteilung ständiger Ratssitze zu einem Kompromiß kommen werde. — Dieses würde darin bestehen, daß unmittelbar nach Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund eine Kommission ernannt würde, mit dem Auftrage, die Anträge anderer Staaten auf einen ständigen Ratssitz im Geiste größten Wohlwollens zu prüfen. Diese Kommission würde der Völkerbundsversammlung erst im September Bericht erstatten.

Die Gegner der Locarnoverträge in der französischen Kammer.

Paris, 3. März. Gegen die Ratifizierung der Abkommen von Locarno haben gestimmt 25 Kommunisten, 31 Mitglieder der republikanisch-demokratischen Vereinigung und 15 keiner Partei angehörende Abgeordnete. Der Stimmabgabe enthalten haben sich 46 Mitglieder der republikanisch-demokratischen Vereinigung, 9 der republikanisch-demokratischen Linken, 4 keiner Partei angehörende, 3 Linksrepublikaner, ein Radikaler, ein Kommunist und der Kammerpräsident Herriot, der gewöhnlich nicht an der Abstimmung teilnimmt. 21 Abgeordnete waren beurlaubt. Die übrigen 413 Abgeordneten stimmten dafür.

Polnischer Terror.

Ueber den polnischen Teil Oberschlesiens ergießt sich geradezu eine Welle des Terrors gegen alles, was deutsch ist. Der erste Märtyrer ist kaum bestattet und schon bricht die polnische Hetze von neuem los. Die polnische Presse scheut nicht vor Kriegsdrohungen zurück und polnische „Rollkommandos" fallen über Deutsche an allen Stellen und Orten her, um sie zu mißhandeln. Sicherheitsorgane, Regierung und Polizei, stehen den systematisch betriebenen Ueberfällen untätig oder womöglich noch hilfreich zur Seite. Der „Deutsche Volksbund," gegen den sich die Wut der Polen zuerst richtete, ist nur ein Vorwand. In Wirklichkeit geht es gegen das ganze Deutschtum. Die polnische Staatsanwaltschaft, die der Aktion den Anstoß gab, hat zwar längst erklärt, daß die von ihr erhobenen Anschuldigungen des Hochverrats sich nicht einmal gegen den ganzen Volksbund, sondern nur gegen einzelne Personen richteten, aber der polnische Pöbel kümmert sich um keine Aufklärung. Daß die verhafteten Deutschen schon jetzt zum größten Teil als unschuldig befunden werden mußten, ist gänzlich gleichgültig. Der polnische Staatsanwalt wirft allgemein gehaltene Anklagen in die Oeffentlichkeit hinaus und steigert damit den Haß aufs höchste. Dies Vorgehen der polnischen Behörden ist gerade jetzt ein bemerkenswertes Gegenstück zu den Genfer Verhandlungen und man kann sich ausmalen, was die Deutschen in Polen zu erwarten haben, wenn Polen erst selbst im Rate sitzt. Die Polen in Deutsch-Oberschlesien haben selbst heute und selbst angesichts der Erregung, die sich auch Deutsch-